

Anlage

JHA 02.09.2021 **TOP 5.3** - mdl. Bericht

Offene Kinder- und Jugendarbeit als „neutraler“ Freizeitspaß?

Politische Interventionen ins Arbeitsfeld und die Verantwortung der Jugendhilfeausschüsse

Dr. Nils Schuhmacher, Universität Hamburg / Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Jugendarbeit ist mitunter umstritten – sei es aufgrund ihrer Konzepte und Angebote, sei es aufgrund ihrer Nutzerinnen und Nutzer, die anecken, unbequem sind oder sich ‚abweichend‘ verhalten. Zum Teil kommen dabei auch politische Themen ins Spiel und aus Kritik wird Intervention.

Akteure von rechtsaußen nehmen in politischen Interventionen eine zentrale Rolle ein. Seit einigen Jahren häufen sich Berichte aus der Fachpraxis, die auf Angriffe, Delegitimierungen und Infragestellungen aus dieser Richtung hinweisen. Sie richten sich gegen einzelne Einrichtungen, meinen aber generelle Konzeptionalisierungen demokratischer Jugendarbeit. Zu den bevorzugten Rhetoriken gehören hierbei „Linksextremismus“-Vorwürfe und „Neutralitäts“-Forderungen. Allerdings kann man keinesfalls sagen, dass sich das Interventionsgeschehen auf die extreme Rechte beschränkt. Dies wirft verschiedene Fragen auf: wie „neutral“ darf Jugendarbeit sein, ohne dass ihr konzeptioneller Kern beschädigt wird? Welche Ecken und Kanten darf sie haben? Welche Rolle spielt sie im Kontext von Demokratieentwicklung? Welche Bedeutung und Verantwortung kommt Jugendhilfeausschüssen in der Auseinandersetzung um die Gestaltung einer pluralen Jugendarbeitslandschaft zu?

Unser 2020 durchgeführtes Forschungsprojekt hatte das Ziel, ein genaueres Bild der Muster und Dynamiken politischer Interventionen zu bekommen. Uns interessierte zugleich, wie Betroffene mit Interventionen umgehen und welche Rolle dabei Behörden, Parteien, Fachkollegien und Gremien spielen (und spielen können). Zu beiden Aspekten werden ausgewählte Befunde präsentiert und zur Diskussion gestellt.

**N I E D E R S C H R I F T****22. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 03.06.2021	
Sitzungsbeginn:	16:04 Uhr	
Sitzungsende:	18:10 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Jörn Puhle - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD		
Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Madita Liza Jürk - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Bastian Langbehn	
Sandra Odendahl - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring		
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring	zur Abstimmung unter TOP 6.1 nicht anwesend	
Stefan Krause - CDU		
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter		
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Michaela Vogeler - Die Unabhängigen	Vertretung für: Frau Claudia Petereit	
Horst Wargenau - CDU		
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Torsten Biß - Stadterlternvertretung	Vertretung für: Frau Juleka Schulte - Ostermann	
Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4		
Maxim Loboda - Vertretung der Jugend		
Lutz Regenbergl - Mitglied der Fachgruppe HZE		
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		

Petra Scharrenberg - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	Vertretung für: Frau Renate Jung- hans
Verwaltung	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Hansjörg Diers - 4.041.1 Jugendberufsagentur	
Thorsten Drescher - 4.401.2 Jugendhilfeplanung	
Renate Heidig - 4.041.2 Jugendhilfeplanung	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Petra Schmittner - 1.160 Frauenbüro	
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	
Aiko Wagner - FBC FB 4	
Protokollführung	
Dana Gladasch - 4.513 - Jugendarbeit	
Gäste	
Daniel Kerlin - FDP	
Andreas Müller - DIE LINKE	
Jens Zimmermann - CDU	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Claudia Petereit - Die Unabhängigen	entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Mascha Benecke-Benbouabdellah - Stadelternvertretung	entschuldigt
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen	entschuldigt
Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	entschuldigt
Juleka Schulte - Ostermann - Stadelternvertretung	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2020	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.10.2020	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2020	
2.4	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2021	
3	Anliegen der Jugend	
4	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1.1	Mitteilungen der Jugendhilfeplanung	
4.1.2	Informationen zum Projekt "Demokratie leben!"	
4.2	Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Flächen für Sprayer	VO/2021/10036
4.3	Anfrage AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Nebenkostenbeiträge Lübecker KITAS	VO/2020/09064
4.4	Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes	VO/2021/10148
4.5	mdl. Anfrage von Frau Stojan zur Gender-Fachstelle und zum Mädchen*zentrum	
4.6	mdl. Anfrage von Frau Stojan zum Messenger für Kinder und Jugendliche	
4.7	mdl. Anfrage von Frau Vogeler zum Skatepark in der Kanalstraße	
4.8	mdl. Anfrage von Frau Vogeler zur Kriminalstatistik	
5	Berichte	

5.1	Konzept und Kostenschätzung für ein internationales Street-Art-Festival in Lübeck	VO/2021/10024
5.2	Kerndaten zu Bildung in Lübeck	VO/2021/10049
6	Beschlussvorlagen	
6.1	Budgetverträge für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2026	VO/2021/10112
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1	Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft zur VO/2018/06344 behandelt in der Sitzung vom 30.08.2018 mit TOP 5.10. an den Jugendhilfeausschuss zum interfraktionellen Antrag von Die Linke & Freie Wähler / GAL: AT zu Neu-Gründung eines "Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck" VO/2018/06214	VO/2018/06583
7.2	Austauschantrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/2021/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände	VO/2021/10079-01
7.2.1	Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Antrag zu VO/2021/10079-01 Austausch Antrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/2021/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände	2021/10079-01-01
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8.1	Antrag des AM Claudia Petereit (Die Unabhängigen): Corona-Sondersommerferienprogramm - Angebote für Kinder und Jugendliche erweitern	VO/2021/10021
8.2	AM Puhle (SPD) und Hildebrand (CDU): DRINGLICHSANTRAG: Jugendhaus Seeblick bewahren - Brodtener Uferweg sichern	VO/2021/10160
9	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 22. Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Herr Puhle weist darauf hin, dass während der Sitzung dauerhaft Masken zu tragen sind, es sei denn es wird gesprochen.

Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anfragen unter TOP 4.2 bis 4.4 in einer der nächsten Sitzungen schriftlich beantwortet werden.

Herr Puhle weist auf die Nachtragstagesordnung hin.

Es gibt einen Antrag von Frau Stojan zum Überweisungsauftrag unter TOP 7.2, der unter TOP 7.2.1 aufgenommen wurde.

Weiterhin gibt es drei Vorlagen, die nur über einen Dringlichkeitsbeschluss des Ausschusses auf die Tagesordnung genommen werden können. Hierbei handelt es sich um TOP 5.2 – Kern-daten zu Bildung in Lübeck, TOP 6.1 – Budgetverträge für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2026 und TOP 8.2 – Dringlichkeitsantrag zum Jugendhaus Seeblick bewahren. Der Vor-sitzende fragt, ob der Ausschuss der Abstimmung über die Dringlichkeit en bloc widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Puhle lässt über die Dringlichkeit der drei genannten Vorlagen abstimmen:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Die Tagesordnung wird somit um die Tagesordnungspunkte 5.2, 6.1 und 8.2 erweitert.

Der Vorsitzende schlägt vor, die TOPs 7.2, 7.2.1 und 8.1 aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam zu beraten.

Im Vorwege wurde mitgeteilt, dass es weitere mündliche Anfragen von Frau Stojan und Frau Vogeler gibt. Diese werden nach TOP 4.4 aufgerufen.

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Kerlin weist darauf hin, dass Frau Steinkamp im letzten Ausschuss zusagte die Antwort nachzuliefern, in welchen Großstädten zum Verfahren der Platzvergabe in Kitas recherchiert wurde. Frau Steinkamp erklärt, dass es sich bei den Großstädten um Neumünster und Kiel handele.

Der Vorsitzende fragt, ob weitere mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden und ob es Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall.

Die Tagesordnung ist damit unter Bejahung der vorgeschlagenen Änderungen einstimmig festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2020

Es liegen folgende schriftliche Änderungsanträge zur Niederschrift vor:

Seite 7, TOP 5.1:
redaktionelle Änderung

Seite 8, TOP 5.1:

„Alle sprechen sich für die Umsetzung des Konzeptes zur queeren Jugendarbeit aus.“
wird ersetzt durch:

„Diese sprechen sich für die Umsetzung des Konzeptes zur queeren Jugendarbeit aus und betonen die Notwendigkeit von weiteren geschlechtsspezifischen Angeboten in der Jugendarbeit und einer Gender-Fachstelle.“

Den beantragten Änderungen wird zugestimmt.

Der Vorsitzende fragt, ob es mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 03.09.2020 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit in der geänderten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.10.2020

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Herr Puhle fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 01.10.2020 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2020

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Der Vorsitzende fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 12.11.2020 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2021

Es liegt folgender schriftlicher Änderungsantrag zur Niederschrift vor:

Seite 11/12, TOP 3.5:

Folgender Satz wird im zweiten Absatz als zweiter Satz ergänzt:

„Auf Nachfragen von Frau Stojan, wann die App „Rocket.Chat“ einsatzbereit sei, erklärt Frau Reichel, dass sie in etwa von weiteren vier Wochen ausgehe bis die App einsatzfähig sei.“

Der beantragten Änderung wird zugestimmt.

Herr Puhle fragt, ob es mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 21. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.03.2021 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit in der geänderten Fassung festgestellt.

zu 3 Anliegen der Jugend

Herr Loboda berichtet, dass zwar die Corona Zahlen sinken, die Anzahl der Kinder mit psychischen Erkrankungen aber ansteigen würden. Er fragt, ob es Maßnahmen gebe, die die Politik dagegen ergreife und ob man vom Gesundheitsamt eine Auskunft erhalten könnte, wie die derzeitige Versorgungssituation von Kindern und Jugendlichen in psychologischer Betreuung sei?

Frau Frank macht deutlich, dass solche Fragen gerne im Vorwege an die Verwaltung oder die Geschäftsführung des Ausschusses gegeben werden können. Eine direkte Beantwortung in der Sitzung wäre damit besser möglich.

In diesem Fall muss die Beantwortung nachgeliefert werden.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1.1 Mitteilungen der Jugendhilfeplanung

Herr Drescher berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation den aktuellen Sachstand zu folgenden Themengebieten:

- Kinder- und Jugendstärkungsgesetz
- Queere Jugendarbeit, Gender-Fachstelle, Mädchen*zentrum
- Wiedereinführung Runder Tisch Kinderarmut
- Digitales Forum zu Hilfen zur Erziehung

Die Präsentation wird der Niederschrift angefügt.

Auf Nachfragen von Frau Stojan und Frau Schmittner antworten Herr Drescher und Frau Frank.

zu 4.1.2 Informationen zum Projekt "Demokratie leben!"

Frau Reichel berichtet vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Die Jugendarbeit habe sich für eine Projektpartnerschaft beworben und bereits einen Zuwendungsbescheid erhalten. In der August-Sitzung des Jugendhilfeausschusses werde dazu näher berichtet.

zu 4.2 Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Flächen für Sprayer
Vorlage: VO/2021/10036

Der TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt bis die schriftliche Beantwortung der Anfrage vorliegt.

Anfrage:

In der Hansestadt Lübeck gibt es diverse Flächen für Sprayer, die für diese Art der Kunst freigegeben sind. Andererseits werden auch viele Flächen illegal genutzt.

Wo können junge Leute erfahren, welche Flächen offiziell genutzt werden können?

Sind diese Flächen gekennzeichnet, so dass für jedermann sichtbar ist, dass die Flächen für diese Art der Kunst genutzt werden können?

zu 4.3 Anfrage AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Nebenkostenbeiträge Lübecker KITAS
Vorlage: VO/2020/09064

Der TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt bis die schriftliche Beantwortung der Anfrage vorliegt.

Anfrage:

Wie haben sich die Nebenkostenbeiträge, die von den Trägern der Lübecker KITAS von Eltern erhoben worden sind bzw. künftig erhoben werden vom Stichtag 1.1.2020 zum Stichtag 1.1.2021 verändert? Bei der Beantwortung möge übersichtlich dargestellt werden, womit eventuelle Erhöhungen in ihrer jeweiligen Höhe begründet werden (z.B. Vollverpflegung, Frühstück, Hauswirtschaftskraft, etc.).

Sofern diese Informationen der Verwaltung nicht vorliegen, möge eine Abfrage bei allen Lübecker KiTa-Trägern erfolgen.

zu 4.4 Anfrage von AM Dagmar Hildebrand (CDU): Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes
Vorlage: VO/2021/10148

Der TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt bis die schriftliche Beantwortung der Anfrage vorliegt.

Anfrage:

Am 21.04.2021 wurde das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG – vom Deutschen Bundestag verabschiedet.

- Wie hat sich die Hansestadt Lübeck auf die Umsetzung des Gesetzes vorbereitet?
- Hat das Jugendamt für die Umsetzung des Gesetzes die nötigen Fachkräfte zur Verfügung?

- Wie sieht die Kooperation mit den unterschiedlichen Akteuren in der Hansestadt Lübeck aus, hier: Kinder- und Jugendhilfe, Strafverfolgungsbehörde, Kinderärzte, Jugendamt?
- Wie viele Plätze hat die Hansestadt Lübeck in Kitas für Kinder mit Behinderung und an welchen Standorten?

zu 4.5 mdl. Anfrage von Frau Stojan zur Gender-Fachstelle und zum Mädchen*zentrum

Frau Stojan bittet darum, dass bei der Bearbeitung des Überweisungsantrages zum Thema Gender-Fachstelle und Mädchen*zentrum auch die Personen beteiligt werden, die bereits im Jugendhilfeausschuss beteiligt waren.

zu 4.6 mdl. Anfrage von Frau Stojan zum Messenger für Kinder und Jugendliche

Frau Stojan fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Thema Messenger für Kinder und Jugendliche.

Herr Drescher erklärt, dass die von Frau Reichel angesetzten vier Wochen sehr optimistisch gewesen seien. Nach einer Bedarfsanalyse mit den Jugendeinrichtungen in Zusammenarbeit mit der Travekom habe sich die App „Rocket.Chat“ als nicht tauglich herausgestellt. Aber auch bei anderen möglichen Apps gebe es neben dem Datenschutz weitere diverse Probleme, wie z. B. der zusätzliche Download auf die Geräte der Jugendlichen. Derzeit werde gerade an einer Lösung in Kooperation mit der Schulträger IT und der Travekom gearbeitet. Die Deklaration von Jugendeinrichtungen als außerschulischer Lernort werde geprüft.

Auf eine Nachfrage von Frau Stojan zu einer kurzfristigen Lösung erklärt Frau Frank, dass der Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen nicht abgebrochen sei. Weiterhin könne sie aber nicht gegen übergeordnetes Recht verstoßen.

Herr Puhle fasst zusammen, dass sich die Umsetzung schwierig gestalten, weil die Rechtslage problematisch sei.

zu 4.7 mdl. Anfrage von Frau Vogeler zum Skatepark in der Kanalstraße

Frau Vogeler fragt, ob die Öffnung des Skateparks in der Kanalstraße pädagogisch begleitet werden könnte. Dieses pädagogische Personal könnte dann gleich die Einhaltung der Hygienevorschriften überprüfen.

Frau Reichel antwortet, dass der Betrieb dieser Skateanlage bisher immer ohne pädagogische Begleitung erfolgt sei. Eine Änderung dieser Vorgehensweise sei nicht geplant. Frau Frank ergänzt, dass die Mitarbeiter:innen der Jugendarbeit niedrigschwellig Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen halten und nicht dafür zuständig seien, auf die Einhaltung von Regeln im öffentlichen Raum zu achten.

Frau Hildebrand spricht sich dafür aus die Straßensozialarbeit dort einzusetzen. Frau Frank weist darauf hin, dass die extrem strengen Einschränkungen problematisch gewesen seien. Inzwischen scheinen sich der überwiegende Anteil der Kinder und Jugendlichen vor Ort an die Regeln zu halten.

zu 4.8 mdl. Anfrage von Frau Vogeler zur Kriminalstatistik

Frau Vogeler weist auf die gerade veröffentlichte Kriminalstatistik hin, nach der die Zahlen für Kindesmissbrauch stark angestiegen seien. Sie fragt nach den aktuellen Zahlen für Lübeck, wie mit der Situation, insbesondere durch die Jugendhilfe, umgegangen werde. Herr Drescher erklärt, dass die Wächterfunktion des Jugendamtes weiterhin ausgeübt werde. Das System aus Schutz- und Unterstützungsnetzwerken funktioniere weiterhin sehr gut. Der Anstieg der Zahlen sei daher zu erklären, dass das Dunkelfeld immer kleiner werde und bessere internationale Verknüpfungen bestehen würden. Die Kriminalstatistik liege nicht in der Zuständigkeit der Jugendhilfe, dennoch bestünden die Schnittstellen zur Polizei und diversen Einrichtungen der freien Jugendhilfe weiterhin. In Lübeck sei keine Steigerung der Missbrauchsfälle ersichtlich.

zu 5 Berichte

**zu 5.1 Konzept und Kostenschätzung für ein internationales Street-Art-Festival in Lübeck
Vorlage: VO/2021/10024**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Bericht:

Die Bürgerschaft hat auf ihrer Sitzung vom 26.11.2020 den nachstehend aufgeführten Antrag der Fraktion Freie Wähler & GAL („Street Art Festival für Lübeck und Mitgliedschaft im UNESCO Creative City Network“) mit Mehrheit in der Fassung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege angenommen (VO/2020/09191-01-01):

Der Bürgermeister möge bis spätestens Juni 2021 ein Konzept für ein internationales Street Art Festival in Lübeck inklusive einer Kostenschätzung vorlegen. Bei der Konzepterstellung sollte geprüft werden, ob eine Kombination mit anderen Festivalstrukturen sinnvoll wäre.

Das Konzept soll u.a. beinhalten, renommierte (internationale und regionale) Künstler:innen/Street Artists einzuladen, um kleine und großflächige Kunstwerke an eigens dafür ausgewiesenen Fassaden, Mauern, Stromkästen oder sonstigen Flächen im öffentlichen Raum zu schaffen. Die Suche nach Flächen soll Inhaber:innen von Lübecker Unternehmen und Firmengebäuden, Wohnungsgesellschaften und Eigentümer:innen von Wohnraum in Lübeck einbeziehen und nicht auf die Innenstadt konzentriert bleiben.

Während des Festivals sollen weitere Kulturveranstaltungen, Performances, Streetdance etc. im öffentlichen Raum stattfinden und Workshops insbesondere für Kinder und Jugendliche angeboten werden.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bericht wird vom Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Kerndaten zu Bildung in Lübeck Vorlage: VO/2021/10049
--

Es gibt keine Wortmeldungen.

Bericht:

Der Bericht umfasst die jährliche Aktualisierung des Monitorings zentraler Bildungsdaten. Die Kerndaten zu Bildung in Lübeck erfassen relevante Lübecker Bildungsdaten aller Altersgruppen über den Zeitraum 2013 bis heute und dienen der systematischen Darstellung und Beobachtung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bericht wird vom Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Budgetverträge für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis 31.12.2026 Vorlage: VO/2021/10112

Herr Jürgensen erklärt, dass diese Vorlage lediglich einen Teil der budgetierten Träger betreffe. Die Kindertages- und Schulkindbetreuung seien wegen der Finanzierung noch im Gespräch. Weiterhin seien auch die erstmalig zu schließenden Verträge von dieser Vorlage ausgenommen. Nach der Sommerpause, zur Ausschusssitzung im August, spätestens im September, werde es eine Vorlage für diese Träger geben.

Herr Müller von der Linken meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Auf Nachfragen von Herrn Müller erklärt Herr Puhle, dass die Mittel für die Träger, die von dieser Vorlage ausgenommen seien, bereits im Haushalt für 2022 angemeldet seien. Frau Frank ergänzt, dass diese Ausnahmen eher auf den Kita-Bereich bezogen seien, da die Kita-Reform eingearbeitet werden müsste. Und auch sie bestätigt, dass die Gelder für den Haushalt 2022 bereits eingeplant seien.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, mit den derzeit durch Budgetverträge geförderten Zuschussempfängern für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2026 Budgetverträge nach dem beigefügten Muster-Budgetvertrag abzuschließen.

Ausgenommen hiervon sind die Tätigkeitsfelder Kindertagesbetreuung, Schulkindbetreuung sowie die Lübecker Musikschulen und der Integrations-Pool an Lübecker Schulen. Für diese Institutionen sind nach der Sommerpause gesonderte Musterverträge zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ebenso ausgenommen hiervon sind die abzuschließenden Budgetverträge der Zuschussempfänger, die in diesem Jahr erstmalig ein Vertragsangebot erhalten werden (bspw. Lübecker Stadtmütter, Landschaftspflegeverein Dummersdorfer Ufer). Für diese Budgetnehmer wird ebenfalls nach der Sommerpause eine gesonderte Beschlussvorlage eingereicht werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 7.1 Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft zur VO/2018/06344 behandelt in der Sitzung vom 30.08.2018 mit TOP 5.10. an den Jugendhilfeausschuss zum interfraktionellen Antrag von Die Linke & Freie Wähler / GAL: AT zu Neu-Gründung eines "Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck" VO/2018/06214 Vorlage: VO/2018/06583
--

Herr Drescher berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die bisherigen Entwicklungen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf konnte in Lübeck auf der Basis von neuen Rechtsansprüchen an Betreuung (z.B. seit 2013 auf Krippenplatz ab 1. Lebensjahr) deutlich gesteigert werden. Dies sei u.a. den Kerndaten 2020 zu entnehmen. Die Präsentation wird der Niederschrift beigefügt.

Herr Bernet erklärt, dass er im Jahr 2005 an der Gründung dieses Bündnisses beteiligt gewesen sei, dass sich aber im Laufe der Jahre der grundlegende Gedanke des Bedürfnisses nicht bewährt hätte, weil die freie Wirtschaft nicht in das Bedürfnis eingestiegen sei. Frau Frank unterstützt Herrn Bernet und führt aus, dass die Kammern bereits signalisiert hätten, dass keine Firmen gewonnen werden könnten.

Herr Müller von der Linken meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Auf eine Nachfrage von Herrn Müller erklärt Herr Puhle, dass durch Corona einige Veranstaltungen und Fachtage nicht hätten stattfinden können. Verschiedene Stränge aus dem Bündnis für Familie seien aber bereits im Prozess „Aufwachsen in Lübeck 2.0“ aufgenommen worden. Er gehe davon aus, dass eine Neuauflage des Bündnisses nicht erfolgreich wäre.

Frau Hildebrand und Frau Frank sprechen sich ebenfalls dafür aus, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf anderen Wegen umgesetzt werde, dass bereits gute Kooperationen vorhanden wären und die Neu-Gründung des Bündnisses daher nicht notwendig sei.

Der Vorsitzende lässt über den Überweisungsantrag abstimmen.

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt unverzüglich die Neu-Gründung eines „Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck“ zu initiieren und zu organisieren. Federführend ist der Jugendhilfeausschuss durch die Verwaltung auf dem Laufenden zu halten. Daneben sind der Sozialausschuss und der Gleichstellungsausschuss (nach seiner Einsetzung) zu beteiligen.
2. Die konstituierende Versammlung, mit Vertreter_innen aus der Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Zivilgesellschaft (sozialen Vereinen und Verbänden, ehrenamtlichen Initiativen von Eltern, Sozial- und Erziehungsberufen, Gewerkschaften und Politik) soll noch in diesem Jahr stattfinden.
3. Ziele des „Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck“ sind:
 - a. die Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Lübeck.
 - b. die stetige Verbesserung der Lebenssituation von Familien in Lübeck, dazu soll das Bündnis ein langfristiges Konzept erarbeiten und umsetzen.
 - c. Ideale Rahmenbedingungen für ein generationsübergreifendes Miteinander für die Zukunft Lübecks zu schaffen.
4. Das „Bündnis für Familie der Hansestadt Lübeck“ soll sich eine Geschäftsordnung geben, die unter anderem regelt, dass
 - a. Die Mitgliedschaft und regelmäßige Beteiligung für möglichst viele Vereine, Verbände, Initiativen, Parteien und Gewerkschaften möglich wird.
 - b. Die Arbeit im großen Plenum und in kleinen Unter-Arbeitskreisen (thematisch oder regional bezogen) organisiert möglichst ist. Mindestens die Sitzungen des Plenums finden öffentlich statt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	mehrheitliche Ablehnung	x
	Ja-Stimmen	0
	Nein-Stimmen	14
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

**zu 7.2 Austausch Antrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/202/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände
Vorlage: VO/2021/10079-01**

Aufgrund der inhaltlichen Übereinstimmung wird der Tagesordnungspunkt zusammen mit den TOPs 7.2.1 und 8.1 beraten.

Frau Vogeler erklärt den Antrag der Unabhängigen ausführlich.

Herr Puhle macht deutlich, dass etwas für Kinder und Jugendliche gemacht werden müsste. Dennoch sei es nicht förderlich Sachen zu beschließen, die nicht umsetzbar seien. Die Aussagen der Mitarbeiter:innen in den Jugendeinrichtungen machten deutlich, dass Personal fehle um zusätzliche Angebote durchzuführen. Frau Frank ergänzt, dass die Finanzierung der Angebote nicht das vorrangige Problem sei.

Herr Drescher stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die aktuelle Situation der Kinder- und Jugendhilfe in der Corona Pandemie, sowie das Vorgehen der Verwaltung, um aufkommende Bedarfe rechtzeitig und ausreichend zu befriedigen, dar.

Die Präsentation wird der Niederschrift angefügt.

Herr Puhle ergänzt, dass der bundesweite Dachverband „Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze e.V.“ (BdJA) eine Umfrage bei ihren Mitgliedern gemacht habe. Ergebnis sei, dass sich bundesweit keine 50 Einrichtungen in der Lage sehen würden zusätzliche Angebote durchzuführen. Herr Bernet berichtet von der Absage der Kinderhansesstadt aufgrund der Hygienevorschriften des Landes und dem Versuch die Ferienfreizeit nach Korsika durchführen zu können. Er erklärt, dass es über 480 Angebote im Ferienpass gäbe und dass niedrigschwellige Angebote nicht einfach umzusetzen seien.

Frau Vogeler schlägt vor die Sportplätze für Kinder und Jugendliche zu öffnen und einen Aufruf zur Akquirierung von Ehrenamtlichen zu machen, die die Angebote betreuen könnten. Herr Bernet macht deutlich, dass es lediglich eine Handvoll ehrenamtliche Sportlehrer:innen gebe und dass es einen Unterschied mache, eine feste Gruppe oder eine spontan zusammengestellte Gruppe zu betreuen. Herr Puhle weist darauf hin, dass die Vereine und Verbände ihre Leute kennen würden und das, was möglich ist, bereits umgesetzt werde. Viele Ehrenamtliche seien noch nicht geimpft und meistens scheitere es an den Rahmenbedingungen und dem fehlenden Personal. Frau Frank ergänzt, dass bei der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nicht einfach ein Aufruf gemacht werden könne. Die Personen müssten qualifiziert sein und die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses wäre zwingend erforderlich.

Auf eine Nachfrage von Frau Jürk erklärt Frau Reichel, dass Ehrenamtliche immer mit Hauptamtlichen zusammenarbeiten müssten. Daher sei auch diese Kapazität begrenzt. Die Jugendeinrichtungen und Nachbarschaftsbüros hätten entsprechend ausreichend ehrenamtliche Unterstützung, so dass Frau Reichel von der Einrichtung einer Anlaufstelle absehen würde.

Frau Ingwersen schlägt die Schüler:innen von der Dorothea-Schlözer-Schule als personelle Unterstützung vor.

Frau Stojan wünscht sich Synergien zwischen Kultur und Jugendarbeit.

Frau Reichel bittet die Politik die Reaktion der Verwaltung nicht als Abwehr zu sehen. Seit ein paar Wochen plane die Jugendarbeit wie die Angebote in den Sommerferien aufgestockt werden könnten. Das Problem seien aber die Hygienevorschriften. Herr Puhle gibt zu bedenken, dass auch schon die Herbstferien und die Zeit zwischen Sommer- und Herbstferien bedacht werden müssten.

Frau Hildebrand gehe davon aus, dass Kinder und Jugendliche auch mal Zeit für sich und ihre Freunde haben wollen. Eine dauerhafte Betreuung sei nicht notwendig.

Frau Vogeler bittet erneut darum einen Aufruf zu machen. Weiterhin schlägt sie vor den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund Sprachkurse anzubieten.

Frau Hildebrand weist auf den Aktivpass hin und den E-Punkt, der Ehrenamtliche vermittelt. Auf eine Nachfrage von Frau Jürk zum Aktivpass erklärt Frau Frank, dass es weiterhin auch noch Bundesmittel für Ferien geben soll. Auch sie spricht sich dafür aus, dass die Kinder und Jugendlichen ein großes Bedürfnis hätten selbstbestimmt freie Zeit mit Freunden zu verbringen.

Herr Puhle schlägt vor, die TOPs 7.2, 7.2.1 und 8.1 in die Sitzung des Jugendhilfeausschusses im August zu vertagen. Dann soll berichtet werden welche Angebote es in den Sommerferien gegeben hätte.

Frau Vogeler bittet beim TOP 7.2 darum, dass der Punkt vier separat abgestimmt werde, da sie diesen Punkt in einen Prüfauftrag ändern und nicht verschieben möchte.

Der Punkt 4 wird wie folgt geändert:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Kosten für die Ferienbetreuung in den Grundschulen übernommen und die Ferienbetreuung für alle Kinder ermöglicht werden kann, sodass viele Familien eine Teilnahmemöglichkeit bekommen und keine zusätzliche finanzielle Belastung haben.

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Punkt 4 des Antrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den geänderten Punkt 4 des Überweisungsantrages einstimmig an.

Herr Puhle lässt über die Vertagung des geänderten Überweisungsantrages, ohne Punkt 4, abstimmen.

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. **zusätzlich** zum Ferienpass kostenfreie und niedrigschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen: z. B. geöffnete Sportanlagen der Sportvereine, zusätzliche Angebote der Sportvereine z.B. Fußballcamp, Handballwoche, Möglichkeiten für Beachvolleyball, Öffnen der Schwimmbäder für Schwimmkurse, Ausbau der Schwimmkurse in den Freibädern.

Neben den Sportangeboten gilt es zu bedenken: Deutschkurse für Migranten, Verkehrserziehung, Erste Hilfe-Kurse, Angebote von Museen und Theatern, in Uni und TH, Angebote von Externen z.B. Musik-, Kunst-, Sprach- und Tanzschulen, Nachhilfeinstitute, Exeo e. V., Kletterparks und -hallen), Nachhilfe in Schulen in Ferienbetreuung integrieren.

Um für zusätzliches Personal zu sorgen, können Studierende und ggf. ehrenamtliche Helfer mit einbezogen werden.

2. **Feriengutscheine für Kinder und Jugendliche einzuführen** (z. B. mittels Gutscheinen z.B. 2 x 50 Euro - entweder für einen Kurs für 100 Euro oder 2 Kurse (Juli/August/Oktober).

3. **kurzfristig dafür zu sorgen, dass der Ferienpass und Ferienfahrten und die o.g. Zusatzangebote sowie die Feriengutscheine aktiv an die Kinder und in die Familien getragen werden** (z. B. durch Sportlehrer, Schulsozialarbeiter, Jugendamt, Stadtmütter, Nachbarschaftsbüros). Die Beteiligten sollen gebeten werden, Familien zu informieren und Hilfestellung beim Anmelden und bei der Inanspruchnahme der Angebote zu leisten.

4. **zu prüfen, ob die Kosten für die Ferienbetreuung in den Grundschulen zu übernehmen übernommen und die Ferienbetreuung für alle Kinder zu ermöglichen ermöglicht werden kann, sodass viele Familien eine Teilnahmemöglichkeit bekommen und keine**

zusätzliche finanzielle Belastung haben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Vertagung des geänderten Überweisungsantrag, ohne Punkt 4, einstimmig zu.

**zu 7.2.1 Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Antrag zu VO/2021/10079-01 Austausch Antrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/2022/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände
Vorlage: 2021/10079-01-01**

Aufgrund der inhaltlichen Übereinstimmung wird der Tagesordnungspunkt zusammen mit den TOPs 7.2.1 und 8.1 beraten.

Herr Puhle lässt über die Vertagung des Antrages abstimmen.

Antrag:

Aufstockung des Kulturbudgets für pädagogische und soziale städtische Einrichtungen

Die Stadt möge zusätzliche Mittel aus den Coronahilfsfonds 100.000 € zur Verfügung stellen für städtische Kitas, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Nachbarschaftsbüros mit einem höheren Budget um Projekte und Angebote der Kulturvermittlung und Kulturschaffenden durchzuführen.

Ebenso soll die Stadt gewährleisten, dass sich städtische Sozialeinrichtungen unbürokratisch, direkt, eigenständig und ohne Umwege über die Verwaltung an Angeboten des Lernsommers 2021 beteiligen können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Vertagung des Antrages einstimmig zu.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 8.1 Antrag des AM Claudia Petereit (Die Unabhängigen): Corona-Sondersommerferienprogramm - Angebote für Kinder und Jugendliche erweitern
Vorlage: VO/2021/10021**

Aufgrund der inhaltlichen Übereinstimmung wird der Tagesordnungspunkt zusammen mit den TOPs 7.2.1 und 8.1 beraten.

Herr Puhle lässt über die Vertagung des Antrages abstimmen.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Angebote für Kinder und Jugendliche in den Sommerferien 2021 deutlich erweitert werden. Dazu ist über den allgemeinen Finanzansatz ein zusätzlicher finanzieller Rahmen bis zu 50.000 Euro aus dem Haushaltprodukt für Corona-Sondermaßnahmen bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Vertagung des Antrages einstimmig zu.

**zu 8.2 AM Puhle (SPD) und Hildebrand (CDU):DRINGLICHKEITSANTRAG: Jugendhaus Seeblick bewahren - Brodtener Uferweg sichern
Vorlage: VO/2021/10160**

Herr Puhle erklärt den Antrag kurz. Am 07.06.2021 werde die Vorlage im Bauausschuss beraten.

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Auf Nachfragen von Frau Vogeler und Herrn Kerlin erklären Herr Bernet und Herr Puhle, dass es sich um ein Landschaftsschutzgebiet handele, dass sich für die Hansestadt Lübeck keine finanziellen Auswirkungen ergeben würden und dass es für die Schaffung eines Baurechts wichtig sei vom Fachausschuss ein positives Votum zu erhalten.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten dafür zu sorgen, dass

1. für das Jugendhaus Seeblick auf seinem Grundstück am Brodtener Ufer ein Ersatzbau errichtet werden kann und
2. der dortige Wanderweg auch künftig durchgehend unmittelbar entlang des Brodtener Ufers geführt wird.

Der Lübecker Bürgerschaft ist spätestens im Herbst 2021 zu berichten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Antrag zu beschließen.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Lübeck, den 25. August 2021

Jörn Puhle
Vorsitz

Dana Gladasch 4.513 Jugendarbeit
Protokollführung

**N I E D E R S C H R I F T****23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (als gemeinsame Sitzung mit dem Schul- und Sportausschuss)**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 05.08.2021
Sitzungsbeginn:	16:16 Uhr
Sitzungsende:	20:23 Uhr
Sitzungsort:	Konzertsaal der Musik- und Kongresshalle, Willy-Brandt-Allee 10, 23554 Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Jörn Puhle - SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende

Sandra Odendahl - SPD

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring

Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände

Bärbel Hirner - SPD

Vertretung für: Frau Kristin Blankenburg

Britta Ingwersen - Lübecker Jugendring

Madita Liza Jürk - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Vertretung für: Herrn Bastian Langbehn

Stefan Krause - CDU

Filip Krubeck - Lübecker Jugendring

Vertretung für: Frau Sandra Pereira da Silva David Die Johanniter

Vera-Simone Kuzla - AG freier Wohlfahrtsverbände

Vertretung für: Herrn Thomas Grams

Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Michaela Vogeler - Die Unabhängigen

Vertretung für: Frau Claudia Petereit

Horst Wargenau - CDU

Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände

Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht

Filiz Günsür - Forum für MigrantInnen

Vertretung für: Herrn Rafael Jancen

Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt

Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4

Maxim Loboda - Vertretung der Jugend

Lutz Regenberk - Mitglied der Fachgruppe HZE

Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Juleka Schulte - Ostermann - Stadt Elternvertretung	
Verwaltung	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Lena Ahlborn-Ritter - FB 4 - Schule und Sport	
Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	
Thorsten Drescher - 4.401.2 Jugendhilfeplanung	
Dr. Hans-Joachim Friedemann - 4.401 Schule und Sport	
Renate Heidig - 4.041.2 Jugendhilfeplanung	
Björn Hoppe - 4.525 Lübecker Schwimmbäder	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Ulrike Neumann - 4.511 - Städt. Kindertageseinrichtungen	Vertretung für: Frau Uta Steinkamp
Aiko Wagner - FBC FB 4	
Protokollführung	
Dana Gladasch - 4.513 - Jugendarbeit	
Gäste	
Ina-Marie Bargmann -	
Jörg Haltermann - SPD	
Daniel Kerlin - FDP	
Marion Kowal -	
Katja Mentz - FREIE WÄHLER & GAL	
Helmut Nölck - Die Unabhängigen	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Kristin Blankenburg - SPD	keine Teilnahme
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände	entschuldigt
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter	entschuldigt
Claudia Petereit - Die Unabhängigen	entschuldigt
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Mascha Benecke-Benbouabdellah - Stadt Elternvertretung	entschuldigt
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen	entschuldigt
Verwaltung	
Hansjörg Diers - 4.041.1 Jugendberufsagentur	entschuldigt
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anliegen der Jugend	
4	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1.1	Begrüßung und Vorstellung Hr. Dr. Friedemann (neue Bereichsleitung Schule und Sport)	
4.1.2	Sachstand Sportentwicklungsplanung	
4.1.3	"CoronaCoaching" in der Jugendberufsagentur	
4.1.4	neuer Lübecker Familienwegweiser	
4.1.5	Kitapreis "Mama lernt Deutsch"	
4.1.6	Interessenbekundung Güterbahnhof	
4.2	Anfrage des AM Sonja Schroeter (AfD): Jugendschutzmaßnahmen	VO/2021/10044
4.3	Anfrage AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Nebenkostenbeiträge Lübecker KITAS	VO/2020/09064
4.3.1	Antwort auf die Anfrage AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Nebenkostenbeiträge Lübecker KITAS	VO/2020/09064-01
5	Berichte	
5.1	Zwischenbericht zur Sanierung der Jugendverkehrsschule	VO/2021/09972
5.2	Mündlicher Bericht: Lübecker Schwimmbäder - Schwimmen lernen in Lübeck	
5.3	Mündlicher Bericht: Lernort Stadion	
5.4	Mündlicher Bericht: Bilinguale Erziehung	
5.5	Bericht zu Eckpunkten eines Konzeptes zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Lübeck	2020/09018-03-01
6	Beschlussvorlagen	
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	

7.1	Fraktionen FREIE WÄHLER & GAL, Die Linke, B90/Grüne, Die Unabhängigen AT zu VO/2021/10217 FREIE WÄHLER & GAL: Runder Tisch Nachhaltige Ernährung in Kita und Schulen	VO/2021/10217-01
7.2	Die Unabhängigen: Einrichtung einer Mensa in der betreuten Grundschule Niederbüßsau	VO/2021/09621
7.2.1	Antrag des AM Helmut Nölck (Die Unabhängigen): Einrichtung einer Mensa in der betreuten Grundschule Niederbüßsau	VO/2021/09623
7.3	Fraktion Freie Wähler & GAL: Einrichtung eines Hortes an oder nahe der Grundschule Niederbüßsau	VO/2021/09659
7.4	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bildungschancen erhöhen, Eltern entlasten	VO/2021/09746
7.5	Fraktion Freie Wähler & GAL, Die Linke, Austausch Antrag zu VO/2021/10039: Skateranlage in Lübeck	VO/2021/10039-01
7.5.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN & DIE LINKE AT zu VO/2021/10039-01-01 ÄA zu VO/2021/10039-01 Skateranlage in Lübeck	1/10039-01-01-01
7.6	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07824: Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018	VO/2019/07824-02
7.7	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN & DIE LINKE: AT zu VO/2021/10080 Bewältigung der Coronakrise	VO/2021/10080-01
7.8	Austauschantrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/2021/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände	VO/2021/10079-01
7.8.1	Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Antrag zu VO/2021/10079-01 Austausch Antrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/2021/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände	2021/10079-01-01
7.9	DIE LINKE und FW & GAL: AT zu VO/2021/10196 Qualitätskriterien an städtischen Kitas	VO/2021/10196-01
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8.1	Dringlichkeitsantrag des AM Thomas Rathcke (FDP): Bericht über die Situation in der Grundschule Niederbüßsau	VO/2020/09599
8.2	Antrag des AM Claudia Petereit (Die Unabhängigen): Corona-Sondersommerferienprogramm - Angebote für Kinder und Jugendliche erweitern	VO/2021/10021

8.3	Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Luftfilter für die Lübecker Schulen und Kitas	VO/2021/10286
8.4	Dringlichkeitsantrag - AM Dagmar Hildebrand: Freizeitangebote für Kinder aus Hochwasserregionen	VO/2021/10295
9	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
-------------	--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Herr Puhle weist darauf hin, dass alle Ausschussmitglieder ein Mikrofontütchen am Platz haben. Diese sind bei jeglichen Wortbeiträgen zum Schutz der Mikrofone zu nutzen.

Der Vorsitzende erläutert kurz den Ablauf der Sitzung und schlägt vor, zunächst die formalen Tagesordnungspunkte 1 und 2 jeweils im Schul- und Sportausschuss sowie im Jugendhilfeausschuss zu behandeln und im Anschluss die mit dem Schul- und Sportausschuss gemeinsamen Tagesordnungspunkte 3 bis 8 zu beraten. In Absprache der Vorsitzenden leitet der Vorsitzende des Schul- und Sportausschusses die Beratung der gemeinsam zu beratenden Tagesordnungspunkte.

Herr Puhle weist aber darauf hin, dass die Abstimmungen der Ausschüsse, auch bei den gemeinsam zu beratenden Tagesordnungspunkten, getrennt durchgeführt werden.

Weiterhin gibt es einen Nachtragstagesordnungspunkt zum Thema Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, der unter TOP 5.5 aufgenommen wurde.

Der Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Die Tagesordnung wird unter Bejahung der Dringlichkeit einstimmig um den Tagesordnungspunkt 5.5 erweitert.

Herr Puhle berichtet, dass die Fraktion Die Unabhängigen den Überweisungsantrag unter TOP 7.1 mittragen und schlägt vor diesen gemeinsam mit TOP 7.9 zu beraten.

Aufgrund der inhaltlichen Übereinstimmung schlägt der Vorsitzende vor die TOPs 7.2, 7.2.1, 7.3 und 8.1 gemeinsam zu beraten.

Weiterhin teilte die Fraktion Die Linke mit, dass sie den Überweisungsantrag unter Top 7.5 mitstellt.

Der Vorsitzende schlägt vor die TOPs 7.7, 7.8 und 7.8.1 gemeinsam zu beraten und erklärt, dass die Antragstellerin den Antrag unter TOP 8.2 zurückgezogen haben.

Im Schul- und Sportausschuss wurde ein Änderungsantrag (VO/2021/10308) von Frau Jansen und Frau Mentz von der GAL zum TOP 8.3 gestellt. Herr Puhle übernimmt diesen für den Jugendhilfeausschuss.

Es gibt unter TOP 8.4 einen Dringlichkeitsantrag von Frau Hildebrand zum Thema Freizeitangebote für Kinder aus Hochwasserregionen.

Der Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Die Tagesordnung wird unter Bejahung der Dringlichkeit einstimmig um den Tagesordnungspunkt 8.4 erweitert.

Der Vorsitzende fragt, ob weitere mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden und ob es Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall.

Die Tagesordnung ist damit unter Bejahung der vorgeschlagenen Änderungen einstimmig festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Es liegt nichts vor.

zu 3 Anliegen der Jugend

Es liegt nichts vor.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1.1 Begrüßung und Vorstellung Hr. Dr. Friedemann (neue Bereichsleitung Schule und Sport)

Frau Frank begrüßt Herrn Dr. Friedemann als neuen Bereichsleiter des Bereiches Schule und Sport.

Herr Dr. Friedemann stellt sich vor und berichtet kurz über seinen bisherigen Werdegang.

zu 4.1.2 Sachstand Sportentwicklungsplanung

Frau Künzel und Herr Schröder stellen sich kurz vor und berichten anhand einer Power-Point-Präsentation über den aktuellen Sachstand zur Sportentwicklungsplanung. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Auf eine Nachfrage von Frau Mentz zur Kostenschätzung für den nächsten Haushalt antwortet Frau Frank.

zu 4.1.3 "CoronaCoaching" in der Jugendberufsagentur

Herr Drescher berichtet in Vertretung für Herrn Diers, dass das Team Jugendhilfe der Jugendberufsagentur (JBA) ab sofort auch junge Menschen, die von den Auswirkungen der Corona Pandemie besonders betroffen sind, begleite und berate. Die städtischen Sozialpädagog:innen der JBA stünden für alle Fragen rund um persönliche Chancen und Perspektiven in Zeiten von Corona zur Verfügung.

zu 4.1.4 neuer Lübecker Familienwegweiser

Frau Ahlborn-Ritter weist darauf hin, dass der Familienwegweiser überarbeitet, aktualisiert und an alle Ausschussmitglieder umverteilt wurde.

zu 4.1.5 Kitapreis "Mama lernt Deutsch"

Frau Heidig berichtet von einem Bündnis zwischen VHS, Familienzentren und Frühe Hilfen, das beim Deutschen Kita-Preis 2021 einen dritten Platz bei bundesweit insgesamt 1.200 Bewerbungen belegt habe. An elf Standorten würden derzeit Kurse durchgeführt und auch neue Formate an Schule und digital getestet.

zu 4.1.6 Interessenbekundung Güterbahnhof

Herr Jürgensen berichtet, dass es ein Interessenbekundungsverfahren für die Trägerschaft einer neuen Kita im zukünftigen Wohngebiet Güterbahnhof gegeben hätte. Den Zuschlag habe die DRK Betreuungsdienste Lübeck gGmbH erhalten.

zu 4.2 Anfrage des AM Sonja Schroeter (AfD): Jugendschutzmaßnahmen Vorlage: VO/2021/10044

Frau Frank erklärt, dass Herr Drescher die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) gesichtet habe. Sie weist darauf hin, dass die PKS lediglich eine Ausgangsstatistik der Polizei sei, die abgeschlossene Ermittlungen im „Hellfeld“ erfasse und somit keine Rückschlüsse über das Kriminalitätsaufkommen zuließe. Die städtischen Angebote zum Schutz und zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen (Schutz vor Kindeswohlgefährdung, Gewaltprävention, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, etc.) seien umfangreich und wirksam. Als Ergänzung dazu gäbe es noch die individuellen Unterstützungsleistungen, wie zum Beispiel KISS, BIFF, Kinderschutzzentren, etc.

Herr Friedemann ergänzt, dass es Kooperationen mit der Polizei gäbe und dass die sozialen Lernkonzepte und die Rechte von Kindern und Jugendlichen gestärkt werden müssten. Er verweist auf Herrn Beeg, den Schulrat, der mit der IQSH bereits ein Angebot vorhalte und beratend unterstützen könnte.

Anfrage:

Laut Kriminalstatistik 2020 der Poizeidirektion Lübeck, veröffentlicht am 23.03.2021 (<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/43738/4871498>), wurden im Jahr 2020 20.942 Straftaten im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik registriert.

Bereits im Jahr 2019 wurde mit 21.768 bekannt gewordenen Straftaten ein historischer Tiefstand erreicht. Die Gesamtanzahl der Taten hat sich nun erneut um 803 Taten (entspricht 3,71%) reduziert.

Auch im Bereich der Gewaltkriminalität ist ein deutlicher Rückgang um 11,46% im Vergleich zum Vorjahr festzustellen.

Jedoch ist der Kriminalstatistik auch zu entnehmen, dass im Jahr 2020 im Bereich der Sexualdelikte eine Zunahme um 13,25% verzeichnet wurde. Dabei verteilen sich die Zuwachsraten weitgehend über das gesamte Deliktsfeld.

Für das Stadtgebiet Lübeck wurde demzufolge im Vergleich zum Vorjahr 2019 mit 29 Fällen eine Zunahme von Fällen sexuellen Missbrauchs von Kindern um 24,14 % (7 Fälle) registriert (in 2020 36 bekannt gewordenen Fälle).

Im Vergleich dazu wurde im Kreis Ostholstein bei einer leichten Zunahme von Sexualstraftaten um 1,68 % (von 179 auf 182) eine rückläufige Entwicklung bei Sexualdelikten gegen Kinder (Rückgang in 2020 um 16,67 % von 42 Fällen in 2019 auf 35 Fälle in 2020) verzeichnet. Bei der Zahl der Sexualdelikte im Land Schleswig-Holstein ist in 2020 eine Zunahme um 10,7 % festzustellen (Zuwachs im Bereich sexuellen Missbrauchs von Kindern um 15,8 %).

Die Entwicklung des Deliktfelds weist in Lübeck demnach eine vergleichsweise hohe Zuwachsrate aus.

Auch bei anderen Straftaten, von denen Kinder und Jugendliche unmittelbar oder mittelbar betroffen sind, waren in 2020 Zunahmen festzustellen.

Das Innenministerium geht aufgrund der Kriminalstatistik 2020, veröffentlicht am 18.03.2021, von einem starken Anstieg häuslicher Gewalt aus (<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Registrierte-Straftaten-in-SH-auf-niedrigstem-Stand-seit-1977,kriminalitaet440.html>).

Die Polizeibehörden nehmen dabei neben den offiziellen Zahlen ein hohes Dunkelfeld an.

Fragen dazu:

1. Ergibt sich aus der dargestellten Entwicklung von Straftaten gegen Kinder und Jugendliche ein erweiterter Handlungsbedarf allgemein und speziell im Bereich Kindertagesbetreuung und Schule?
2. Welche (Präventiv-) Maßnahmen werden für erforderlich erachtet? Welche (erweiterten) Maßnahmen sind bereits getroffen worden?
3. Können alle betroffenen Kinder oder Jugendlichen und die Familien bzw. Sorgeberechtigten durch das Jugendamt und durch die ggf. eingebundenen Kindertagesstätten und Schulen oder weiteren Stellen betreut werden? Welcher zusätzliche Unterstützungsbedarf ergibt sich im Einzelnen und durch welche Maßnahmen kann dieser gedeckt werden?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Die Antwort wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Anfrage AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Nebenkostenbeiträge Lübecker KITAS
Vorlage: VO/2020/09064

Es gibt keine Wortmeldung.

Anfrage:

Wie haben sich die Nebenkostenbeiträge, die von den Trägern der Lübecker KITAS von Eltern erhoben worden sind bzw. künftig erhoben werden vom Stichtag 1.1.2020 zum Stichtag 1.1.2021 verändert? Bei der Beantwortung möge übersichtlich dargestellt werden, womit eventuelle Erhöhungen in ihrer jeweiligen Höhe begründet werden (z.B. Vollverpflegung, Frühstück, Hauswirtschaftskraft, etc.).

Sofern diese Informationen der Verwaltung nicht vorliegen, möge eine Abfrage bei allen Lübecker KiTa-Trägern erfolgen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Die Anfrage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 4.3.1 Antwort auf die Anfrage AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Nebenkostenbeiträge Lübecker KITAS
Vorlage: VO/2020/09064-01

Es gibt keine Wortmeldung.

Antwort:

Antwort auf die Anfrage AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Nebenkostenbeiträge Lübecker KITAS

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Die Beantwortung der Anfrage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 5 Berichte

**zu 5.1 Zwischenbericht zur Sanierung der Jugendverkehrsschule
Vorlage: VO/2021/09972**

Frau Reichel berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über den aktuellen Stand zur Sanierung der Jugendverkehrsschule. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Auf eine Nachfrage von Herrn Kerlin zur weiteren Finanzierung antwortet Frau Reichel. Frau Hildebrand macht deutlich, dass wenn die bereitgestellten Mittel für die Sanierung nicht ausreichen sollten, sie einen entsprechenden Antrag für den Haushalt 2022 stellen würde.

Bericht:

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 30.11.2017 (VO/2017/05378) die Sanierung des Verkehrsübungsplatzes (Jugendverkehrsschule) der Hansestadt Lübeck beschlossen. Inhalt dieses Beschlusses ist die Sanierung der Fahrbahnen, Markierungen, Fahrradständer und Grünanlagen. Ferner sind Planungen für einen überdachten Zuschauerbereich mit angeschlossenen Fahrräderdepot zu erstellen.

Dieser Bürgerschaftsauftrag richtete sich zunächst an den FB 3, da dieser für die Verwaltung des Platzes zuständig war. Zum 01.01.2019 wurden die Aufgaben der Jugendverkehrsschule dem Bereich 4.513 – Jugendarbeit / Jugendamt zugeordnet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Mündlicher Bericht: Lübecker Schwimmbäder - Schwimmen lernen in Lübeck

Herr Hoppe von den Lübecker Schwimmbädern berichtet, dass alle fünf Standorte wieder in Betrieb seien. An vier Standorten hätten 440 Teilnehmer:innen erfolgreich einen Schwimmkurs absolviert. 33 weitere Personen hätten die Prüfung ohne Kursteilnahme abgelegt, so dass insgesamt 473 Schwimmbadabzeichen ausgegeben werden konnten.

Derzeit werde ein Konzept erarbeitet wie die Kurse auch in den Herbstferien durchgeführt werden könnten.

Herr Bernet habe die Erfahrung gemacht, dass der Bedarf an Schwimmkursen sehr viel größer als das Angebot sei. Es gebe drei- oder vierfach mehr Anmeldungen als Plätze. Auch in den Schulen seien die Rahmenbedingungen nicht optimal um Schulkurse durchführen zu können.

Frau Frank sei das Problem bekannt und es werde einen Termin dazu geben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 5.3 Mündlicher Bericht: Lernort Stadion

Der Vorsitzende begrüßt Frau Kowal vom Internationalen Bund und Frau Bargmann vom Projekt Lernort Stadion.

Frau Kowal berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über das Fanprojekt in Lübeck. Frau Bargmann berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über das Projekt „Lernort Stadion“. Beide Präsentationen werden der Niederschrift beigelegt.

Herr Puhle bedankt sich und ergänzt die Ausführungen.

Herr Haltermann ergänzt, dass seine Schule am Projekt teilgenommen habe und auch die Mädchen von diesem Projekt begeistert seien. Auf Nachfragen von Frau Mentz und Frau Hildebrand zur Finanzierung, zur Mädchen- und Jungenarbeit und zur Durchführung des Projektes mit Perspektivschulen antwortet Frau Kowal.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Mündlicher Bericht: Bilinguale Erziehung

Frau Ahlborn-Ritter berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über Initiative bilinguale Erziehung Lübeck. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Auf eine Nachfrage von Frau Vogeler woher die zusätzlichen Stunden an Schulen kommen sollen, antwortet Frau Ahlborn-Ritter. Weiterhin verweist sie auf Herrn Werner, den Geschäftsführer der Bilingualen Erziehung in Lübeck gGmbH. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Werner widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Werner erklärt, dass mehr Lehrstunden eingeplant würden, wenn Schulen sich für einen bilingualen Unterricht entscheiden.

Auf eine Nachfrage von Frau Schmittner zur Durchführung in Kitas antwortet Frau Ahlborn-Ritter.

Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss gegen eine Pause von ca. 15 Minuten widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt beginnt eine Pause um 18:05 Uhr.

Um 18:20 Uhr endet die Pause und die Sitzung wird fortgesetzt.

zu 5.5 Bericht zu Eckpunkten eines Konzeptes zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Lübeck Vorlage: 2020/09018-03-01

Frau Möller und Frau Reichel berichten anhand einer Power-Point-Präsentation über das Eckpunktepapier zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Auf eine Nachfrage von Herrn Kleyer zur weiteren Beratungsfolge antwortet Frau Frank. Auf Nachfragen von Frau Stojan, Frau Mentz und Frau Vogeler zur Verstärkung des Projektes „Demokratie leben!“ und zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an diesem Konzept antworten Frau Möller und Frau Frank. Das Jugendforum arbeite selbstständig und bekomme einen Verfügungsfonds in Höhe von 10.000 € im Rahmen des Projektes „Demokratie leben!“.

Frau Hildebrand bittet darum, dass künftig solche Vorlagen mit mehr Vorlauf in Allris eingestellt werden.

Auf eine Nachfrage von Herrn Kerlin zu digitalen Angeboten / Formaten erklärt Frau Möller, dass die digitale Ausstattung der Jugendarbeit geprüft werde und dass die digitale Beteiligung für die ganze Hansestadt Lübeck gerade entwickelt werde.

Herr Friedemann ergänzt die Aussagen von Frau Möller und der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine inhaltliche Diskussion im Rahmen der Beteiligung erfolgen solle.

Thore Schönfeld vom Jungen Politikforum Lübeck meldet sich. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Schönfeldt widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Schönfeldt spricht sich dafür aus, dass inhaltliche Fragen im direkten Gespräch geklärt werden können und macht deutlich, dass es sich bei dem Vorgestellten lediglich um ein absolutes Minimum handele. Dafür sollte entsprechendes Geld zur Verfügung gestellt werden.

Bericht:

Die Bürgerschaft hat mit der Vorlage VO/2020/09018-3 die Durchführung eines Fachtages zum Thema Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen von "Aufwachsen in Lübeck 2.0" beschlossen. Die Ausgestaltung der ebenfalls mit der Vorlage beschlossenen Kinder- und Jugendvertretung sollte auch im Rahmen von "Aufwachsen in Lübeck 2.0" erarbeitet werden und in das Konzept zur Kinder- und Jugendbeteiligung einfließen.

Darüber hinaus hat die Bürgerschaft mit dieser Vorlage die Verwaltung beauftragt:

- den "Handlungsleitfaden Prüfung der Relevanz gem. §47 f GO in den Fachbereichen" kritisch zu überprüfen, gegebenenfalls anzupassen und über diese Prüfung zu berichten
- bezüglich der neu zu schließenden Budgetverträge zu prüfen, wie das Thema Kinder- und Jugendbeteiligung aufgenommen werden kann

Zur Umsetzung des Konzepts werden im Haushaltsbegleitbeschluss derselben Bürgerschaftssitzung 100.000 € für das Jahr 2021 bereitgestellt.

In **Anlage 1** finden Sie den Bericht zu Eckpunkten eines Konzeptes zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Lübeck.

Die Eckpunkte sind entwickelt aus den Ergebnissen des Fachtages, der am 19.02.2021 unter Beteiligung von Jugendlichen, Kommunalpolitiker:innen, pädagogischen Fachkräften und Verwaltung stattgefunden hat. Das Papier enthält Empfehlungen, wie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Lübeck verbindlicher gestaltet werden kann.

Zur Umsetzung der Empfehlung werden zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 155.000 € jährlich benötigt. Die im Haushaltsbegleitbeschluss für das Jahr 2021 vorgesehene Summe wird also um 55.000 € überschritten. Aus fachlicher Sicht ist die Umsetzung aller Bausteine im vorgeschlagenen Umfang notwendig, um eine ganzheitliche und nachhaltige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Lübeck zu gewährleisten. Wenn dies aufgrund fehlender Mittel nicht umgesetzt werden kann, wird empfohlen zugunsten der konkreten Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Handlungsfeldern B und C des Eckpunktepapiers (Stadtteilformate, demokratiefördernde Angebote, etc.) die Weiterentwicklung des Themas im Handlungsfeld A (Verwaltung) zurückzustellen.

Anlage 2 beinhaltet den Bericht zur Überprüfung des Handlungsleitfadens.

Für den Fall, dass über die 100.000 € aus dem Haushaltsbegleitbeschluss hinaus keine weiteren Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können, wird -wie oben beschrieben - empfohlen, auf das in der Anlage vorgeschlagenen Vorgehen (Benennung, Fortbildung und Beratung von Ansprechpartner:innen für Beteiligung in den Bereichen, Weiterentwicklung des Handlungsleitfadens) zu verzichten.

Anlage 3 umfasst die Überarbeitung des Handlungsleitfadens sowie Arbeitshilfen zum Leitfaden.

Anlage 4 enthält den Bericht zur Prüfung, wie das Thema Kinder und Jugendbeteiligung in den Budgetverträgen umgesetzt werden kann. Die dort getroffenen Empfehlungen werden für den Bereich Jugendarbeit und Offener Ganztage bereits umgesetzt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 6	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

Es liegt nichts vor.

zu 7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

zu 7.1	Fraktionen FREIE WÄHLER & GAL, Die Linke, B90/Grüne, Die Unabhängigen AT zu VO/2021/10217 FREIE WÄHLER & GAL: Runder Tisch Nachhaltige Ernährung in Kita und Schulen Vorlage: VO/2021/10217-01
---------------	---

Aufgrund der inhaltlichen Übereinstimmung wird der Tagesordnungspunkt zusammen mit dem TOP 7.9 beraten.

Frau Frank erklärt, dass die aktuelle Situation dargestellt und aufbereitet werden solle. Das Ergebnis werde dann hier präsentiert und dann könne über diese Anträge entschieden werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, beide Überweisungsanträge zu vertagen, bis eine entsprechende Vorstellung erfolgt ist.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Beschluss / Antrag:

Der Bürgermeister möge einen Runden Tisch „Nachhaltige Ernährung in Kindertageseinrichtungen und Schulen“ einrichten, um gemeinsam mit Trägern, Elternvertretungen und Schüler*innenvertretungen, Anbieter*innen von Mittagsverpflegung und Vertretungen der Fraktionen einen Austausch über Kriterien und Standards einer nachhaltigen Verpflegung in Kita und Schulen zu führen. Auch Vertretungen der Kindertagespflege sollen hierzu eingeladen werden.

Ziel des Runden Tisches soll die Erarbeitung von Mindeststandards sein, die träger- und einrichtungsübergreifend bei der Ernährung von Kindern und Jugendlichen angewendet werden. Good practice Beispiele, z.B. aus dem Saarland sollen möglichst herangezogen werden, auch um aufzuzeigen, dass es kein Kostenfaktor ist, Kinder und Jugendliche in Kita und Schule nachhaltig zu ernähren.

Ein nach wissenschaftlichen Kriterien erstellter Leitfaden für nachhaltige Ernährung in Lübecker Kitas und Schulen soll darüber informieren, wie sich Familien und sonstige Personen auch privat nachhaltig(er) ernähren können. Der Leitfaden soll auch betrieblichen Kantinen und Mensen von Hochschulen zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Ausschuss stimmt der Vertagung des Überweisungsantrages einstimmig zu.

zu 7.2 Die Unabhängigen: Einrichtung einer Mensa in der betreuten Grundschule Niederbüssau
Vorlage: VO/2021/09621

Aufgrund inhaltlicher Übereinstimmung wird der Tagesordnungspunkt zusammen mit den TOPs 7.2.1, 7.3 und 8.1 beraten.

Herr Kerlin macht deutlich, dass der Bericht, der unter TOP 8.1 beantragt wird, notwendig sei, um eine fundierte Entscheidung zu den TOPs 7.2 bis 7.3 treffen zu können. Herr Nölck schlägt vor, den Antrag unter Top 7.2 und TOP 7.2.1 bis zur Fertigstellung des Berichtes zurückzustellen. Herr Friedemann erklärt, dass es aktuell eine Interimslösung und anschließend zwei Alternativen geben werde zur Einrichtung einer Mensa. Es könnten alle Kinder versorgt werden.

Herr Haltermann macht deutlich, dass nicht nur in der Kahlhorst-Schule, Außenstelle Niederbüssau, Handlungsbedarf bestehe. Die Gesamtplanung müsste betrachtet werden und nicht nur eine Schule bzw. die Außenstelle einer Schule.

Frau Schule-Ostermann ergänzt, dass beim Thema Betreuungsangebote alle Schulen räumlich schlecht aufgestellt seien und die Lösungen sich nicht nur auf die Kahlhorst-Schule, Außenstelle Niederbüssau, beziehen sollten.

Herr Puhle und Frau Frank weisen darauf hin, dass nicht immer alle Probleme über die Kommunalpolitik zu lösen seien. In den letzten Jahren sei viel passiert, gerade mit dem Schwerpunkt Schule und Kita. Insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und des Corona bedingten Baustoffmangels könne nicht alles sofort umgesetzt werden. Im Mai habe es einen ausführlichen Bericht zur Umsetzung Ganztage an Schule gegeben.

Frau Hildebrand ergänzt, dass auch für Horte räumliche Kapazitäten gebraucht würden und nicht alles auf einmal umgesetzt werden könnte. Frau Mentz weist auf den Bürgerschaftsbeschluss zum Erhalt von Hortplätzen hin.

Herr Friedemann ergänzt, dass von 96 Kindern an diesem Standort derzeit über 60 Kinder aus dem Herzogtum Lauenburg kämen. Insbesondere wegen der Herkunft der Schüler macht Herr Kerlin deutlich, dass die Erstellung eines Berichtes notwendig sei.

Der Vorsitzende schlägt vor den Bericht der Niederschrift beizufügen und lässt über den Überweisungsantrag abstimmen.

Beschluss / Antrag:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Raum-Situation der betreuten Grundschule Niederbüssau durch Einrichtung einer Mensa zu verbessern

2. Die Mensa soll nach den Osterferien, spätestens aber zum Beginn des Schuljahres 2021/2022 in Betrieb genommen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	mehrheitliche Ablehnung	x
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

**zu 7.2.1 Antrag des AM Helmut Nölck (Die Unabhängigen): Einrichtung einer Mensa in der betreuten Grundschule Niederbüssau
Vorlage: VO/2021/09623**

Aufgrund inhaltlicher Übereinstimmung wird der Tagesordnungspunkt zusammen mit den TOPs 7.2, 7.3 und 8.1 beraten.

Identischer Antrag zu TOP 7.2, daher siehe Abstimmung zu TOP 7.2

Beschluss / Antrag:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Raum-Situation der betreuten Grundschule Niederbüssau durch Einrichtung einer Mensa zu verbessern.

2. Die Mensa soll nach den Osterferien, spätestens aber zum Beginn des Schuljahres 2021/2022 in Betrieb genommen werden.

**zu 7.3 Fraktion Freie Wähler & GAL: Einrichtung eines Hortes an oder nahe der Grundschule Niederbüssau
Vorlage: VO/2021/09659**

Aufgrund inhaltlicher Übereinstimmung wird der Tagesordnungspunkt zusammen mit den TOPs 7.2, 7.2.1 und 8.1 beraten.

Die inhaltliche Protokollierung erfolgt unter TOP 7.2.

Der Vorsitzende lässt über den Überweisungsantrag abstimmen.

Beschluss / Antrag:

Einrichtung eines Hortes an oder nahe der Grundschule Niederbüssau nach dem KitaG mit 45 Plätzen zum Schuljahr 2021/2022

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Freien Träger für den Betrieb eines Hortes sowie geeignete Räumlichkeiten in fußläufiger Nähe der Grundschule und/oder mit einem dauerhaften Bus-Shuttle des Hortes erreichbare Horträumlichkeiten zu finden.

Übergangsweise wäre auch die Nutzung von in der Nähe der Grundschule liegende geeignete (Kirchen-) Gemeinderäume, Räume vom Sportverein, vorübergehende Nutzung von Containern zu prüfen, bis dauerhaft zur Verfügung stehende und geeignete Räume gefunden und/oder neu errichtet werden könnten.

Sollte kein Freier Träger gefunden werden, der den Hort betreiben möchte, soll die Stadt Lübeck das Angebot schaffen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	mehrheitliche Ablehnung	x
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	10
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

zu 7.4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Bildungschancen erhöhen, Eltern entlasten
Vorlage: VO/2021/09746

Herr Kleyer erklärt, dass aufgrund der steigenden Inzidenzzahlen die Erstellung eines Konzeptes zur „Unterstützung des Präsenzunterrichts“ notwendig sei. Frau Frank berichtet, dass die Verwaltung bereits nach Möglichkeiten suche, wie der Unterricht auch bei steigenden Zahlen durchgeführt werden könne. Sie gibt aber auch zu bedenken, dass die Kommunen nur begrenzt in Schulangelegenheiten eingreifen könnten.

Da die Verwaltung an dem Thema bereits arbeite, schlägt der Vorsitzende vor, den Antrag bis zur Vorlage des Konzeptes zurückzustellen.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Beschluss / Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Bürgerschaft wird bis zur März Sitzung ein Konzept zur "Unterstützung des Präsenzunterrichts" vorgeschlagen.

Das Konzept soll Schüler*innen, die (aufgrund von Klassenteilung etc.) nicht am Präsenzunterricht teilnehmen, die Möglichkeit geben, unter Beaufsichtigung zu lernen, durch die jeweiligen Lehrer*innen erstellte Aufgaben zu erledigen und in der Pandemiezeit entstandene Lernversäumnisse aufzuholen. Diese Form des Lernens soll nur als Unterstützungsangebot neben dem so schnell wie möglich wieder aufzunehmenden Pandemiebetrieb der Lübecker Schulen geplant werden. Die für die Finanzierung der Beaufsichtigung der Bildungsangebote erforderlichen Mittel sollen u.a. aus den zur Verfügung stehenden Fördergeldern eingeworben werden. Weitere Möglichkeiten zur Finanzierung sollen geprüft werden. Ferner soll dargestellt werden, wie darüber hinaus notwendige Mittel für die Anmietung etwaiger Räumlichkeit und auch für das Aufsichtspersonal aus dem städtischen Haushalt finanziert werden können. Zur Verhinderung zusätzlicher Kontaktbildung dürfen die Lerngruppen nur aus Kindern gleicher Kohorten bestehen.

Das Konzept möge darstellen wie...

1....die Bereitstellung von städtischen Räumen für kleine Gruppen bis zu maximal fünf Kindern ermöglicht werden kann.

Die Prüfung soll u.a. für folgende Räumlichkeiten stattfinden: Räume der VHS, Bibliotheken, Stadtteilhäuser & Nachbarschaftsbüros, nicht genutzte Rathaus- und Verwaltungsräume.

2....die Bereitstellung von nicht-städtischen Räumlichkeiten für kleine Gruppen bis zu maximal fünf Kindern ermöglicht werden kann.

Die Prüfung soll u.a. für folgende Räumlichkeiten stattfinden: Seminarräume der Hochschulen, kirchliche Räume, Vereinsräumlichkeiten.

Die Stadt möge in dem Konzept auch aufzeigen, wie die Nutzung vertraglich geregelt werden könnte.

3....die Bereitstellung von nicht genutzten gewerblichen Räumlichkeiten für kleine Gruppen bis zu maximal fünf Kindern ermöglicht werden kann.

Die Prüfung soll u.a. für folgende Räumlichkeiten stattfinden: Gastronomie, Hotels, Jugendherbergen, Veranstaltungsräume.

4....das für die dezentrale Beaufsichtigung von kleinen Gruppen von bis zu maximal fünf Kindern erforderliche Personal aus folgenden Gruppen gewonnen werden kann: Schulbegleiter*innen, Nachhilfekräften, Sozialarbeiter*innen, Lehramtsstudent*innen, pensionierten Lehrer*innen, Eltern.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Ausschuss stimmt der Vertagung des Überweisungsantrages einstimmig zu.

**zu 7.5 Fraktion Freie Wähler & GAL, Die Linke, Austausch Antrag zu VO/2021/10039: Skateranlage in Lübeck
Vorlage: VO/2021/10039-01**

Frau Mentz bedauert, dass noch keine Priorisierung des Sportentwicklungsplans vorliege, da entsprechende Mittel für den Haushalt 2022 beantragt werden sollten.

Herr Kleyer schlägt vor, den Überweisungsantrag und den Änderungsantrag bis zur Vorlage der Sportentwicklungsplanung zu vertagen.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung des Überweisungsantrages abstimmen.

Beschluss / Antrag:

In Lübeck wird eine weitere Skateranlage errichtet. Die Planungs- und Baukosten hierfür werden entsprechend im kommenden Haushalt 2022 geordnet.

Kinder und Jugendliche sind an der Planung (digital) zu beteiligen. Auch die Suche nach einer geeigneten Fläche soll unter Einbeziehung der Nutzer:innen erfolgen.

Der Beschluss und die Planung eines Skaterparcour als Baustein des Gesamtkonzeptes für die Neu- und Umgestaltung des Leuchtenfeldes in Travemünde, mit voraussichtlichem Baubeginn in 2022, bleibt von der Planung einer weiteren Skateranlage in Lübeck unberührt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Ausschuss stimmt der Vertagung des Überweisungsantrages einstimmig zu.

**zu 7.5.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN & DIE LINKE AT zu VO/2021/10039-01-01 ÄÄ zu VO/2021/10039-01 Skateranlage in Lübeck
Vorlage: 1/10039-01-01-01**

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung des Änderungsantrages abstimmen.

Beschluss / Antrag:

Die Stadt möge den kurzfristigen Ausbau von Trendsportanlagen vorantreiben. Dazu gehört auch eine deutliche Erweiterung von Skate- und Rollersportangeboten. Dazu muss Lübeck kurzfristig 200 000 € aus dem Coronahilfsfond investieren.

Trendsportanlagen sind in der Anschaffung günstiger und benötigen weniger Raum, sind folglich kurzfristiger und flexibler zu realisieren im Vergleich zu großen Sportplätzen und Sportanlagen.

Zusätzlich ist zu prüfen, welche Förderung des Landes und Bundes für kurzfristige aber auch langfristigen Ausbau von Trendsportanlagen, wie Skateparks und Parcours etc. eingeworben werden kann.

Für den Übergangsprozess schafft die Stadt Lübeck mobile Skateanlagen an. Hierbei sollten die Flächen ausgewiesen werden, auf denen dies umgesetzt werden kann.

Darüber hinaus wertet die Stadt kurzfristig Anlagen in Buntekuh, Meesering und Hochschulstadtteil auf und bietet in Zusammenarbeit mit der Skate- und Scooter-Gemeinschaft von denen konzipierte Kurse an den Skateanlagen an. Das kann im Rahmen des Lernsommers oder Aktivitäten der Kinder und Jugendarbeit geschehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Ausschuss stimmt der Vertagung des Änderungsantrages einstimmig zu.

**zu 7.6 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07824: Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018
Vorlage: VO/2019/07824-02**

Herr Drescher berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die Mädchenarbeit in den Jugendeinrichtungen. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Auf Anmerkungen von Frau Stojan zu den geänderten Bedarfen und der Gender-Fachstelle erklären Herr Drescher und Herr Puhle, dass die Bedarfe im Verhältnis zu allen Jugendlichen in der Hansestadt Lübeck betrachtet werden müssten.

Frau Schmittner begrüßt die Anbindung des Gender-Arbeitskreises an die Jugendhilfeplanung.

Der Vorsitzende schlägt vor den Überweisungsantrag zu vertagen.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Beschluss / Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen, die Beschlussvorlage des FB4 (VO/2019/07824) wird um die folgenden Maßnahmen ergänzt:

- 1) Einrichtung einer „Gender-Fachstelle“ für die Bereiche Jugendarbeit, Schule, Kitas, Jugendhilfe
- 2) Einrichtung einer Beratungsstelle für queere Jugendliche, welche über einen Budgetvertrag an den Jugendverband lambda::nord vergeben wird
- 3) Einrichtung eines zentralen „Mädchen-Zentrums“, zusätzlich zu den bestehenden Einrichtungen, welche vorerst mit zwei Stellen ausgestattet wird.

Die zu veranschlagenden Mittel werden entsprechend haushaltsmäßig geordnet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Ausschuss stimmt der Vertagung des Überweisungsantrages einstimmig zu.

**zu 7.7 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN & DIE LINKE: AT zu VO/2021/10080 Bewältigung der Coronakrise
Vorlage: VO/2021/10080-01**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit schlägt der Vorsitzende vor diesen TOP zu vertagen.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung des Überweisungsantrages abstimmen.

Beschluss / Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt bis August 2021 ein Konzept zu erstellen, das aufzeigt, mit welchen Angeboten in Lübeck, den Folgen der Coronakrise für Lübecker Bürger*innen, insbesondere Kindern und Jugendlichen entgegengewirkt werden kann. Folgende Bereiche sollen analysiert und befördert werden:

Lernen/Schule:

- Mentorenprogramme nutzen oder installieren (ähnlich „Menschen stärken Menschen“). Studierende oder Senioren als Patenschaften bzw. Nachhilfeunterstützung für Schüler*innen
- Konzept der Beurlaubungsanträge für einzelne Schulstunden erweitern, nicht alles in Präsenz, wenn bspw. Freizeitangebote wie Sportverein etc. gleichzeitig wären
- Insgesamt den Druck und Stress minimieren durch den Fokus auf mehr positive Erlebnisse im Schulalltag durch Ausbau von AGs oder Projektwochen. Nicht nur den Fokus auf Wiederholung des Stoffes
- Präventive Stressmanagement-Programme im Schulalltag verankern bzw. in den Lehrplan fest einbinden
- Schulsozialarbeits-/Schulpsychologenstellen ausbauen und gemeinsam mit Jugendhilfe/Familienhilfe nicht nur Schüler*innen begleiten, sondern die Familien als System unterstützen (Sprechstundenkonzepte, etc.)

Regeneration/Unterstützung:

- Ausbau der Kassensitze für Psychotherapie (Kinder, Jugendliche & Erwachsene)
- Kletterhallen, Kinos etc für Familien/Kinder/Jugendliche nutzbar machen
- Freizeitangebote für ein Jahr kostenfrei für alle unter 18 Jahre
- Ferien nutzen für kostenfreie Schwimmangebote
- Trainingszeiten in Sporthallen für Kinder/Jugendliche – Termine vorrangig nutzen, Vereinsmitgliedschaften subventionieren
- Aktuelle Angebote der Jugendarbeit ausbauen und eventuell noch mehr vernetzen

- Proaktive und niedrigschwellige Angebote des Jugendamtes zur Kontaktaufnahme für Familien schaffen
- Schaffung von mehr positiven Erlebnisräumen für Familien/Kinder/Jugendliche durch die Förderung von „ferienpassähnlichen Angeboten“ auch außerhalb der Ferien

Für die zeitnahe Umsetzung des Konzepts werden – zusätzlich zu Mitteln aus dem städtischen Haushalt – Bundes- und Landesmittel, die für diesen Zweck zur Verfügung stehen, berücksichtigt, wie z.B.:

- Das Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“
- oder das Sonderprogramm des Bundes für Kinder- und Jugendbildung/-Jugendarbeit.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Ausschuss stimmt der Vertagung des Überweisungsantrages einstimmig zu.

**zu 7.8 Austausch Antrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/202/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände
Vorlage: VO/2021/10079-01**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit schlägt der Vorsitzende vor diesen TOP zu vertagen.

Frau Frank sagt zu, die Präsentation, die für diesen TOP vorgesehen war, im Nachgang an diese Sitzung an die Ausschussmitglieder zu verschicken.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung des Überweisungsantrages abstimmen.

Beschluss / Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. **zusätzlich** zum Ferienpass kostenfreie und niedrigschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen: z. B. geöffnete Sportanlagen der Sportvereine, zusätzliche Angebote der Sportvereine z.B. Fußballcamp, Handballwoche, Möglichkeiten für Beachvolleyball, Öffnen der Schwimmbäder für Schwimmkurse, Ausbau der Schwimmkurse in den Freibädern.

Neben den Sportangeboten gilt es zu bedenken: Deutschkurse für Migranten, Verkehrserziehung, Erste Hilfe-Kurse, Angebote von Museen und Theatern, in Uni und TH, Angebote von Externen z.B. Musik-, Kunst-, Sprach- und Tanzschulen, Nachhilfeinstitute, Exeo e.V., Kletterparks und -hallen), Nachhilfe in Schulen in Ferienbetreuung integrieren.

Um für zusätzliches Personal zu sorgen, können Studierende und ggf. ehrenamtliche Helfer mit einbezogen werden.

2. **Feriengutscheine für Kinder und Jugendliche einzuführen** (z. B. mittels Gutscheinen z.B. 2 x 50 Euro - entweder für einen Kurs für 100 Euro oder 2 Kurse (Juli/August/Oktober).
3. **Kurzfristig dafür zu sorgen, dass der Ferienpass und Ferienfahrten und die o.g. Zusatzangebote sowie die Feriengutscheine aktiv an die Kinder und in die Familien getragen werden** (z. B. durch Sportlehrer, Schulsozialarbeiter, Jugendamt, Stadtmütter, Nachbarschaftsbüros). Die Beteiligten sollen gebeten werden, Familien zu informieren und Hilfestellung beim Anmelden und bei der Inanspruchnahme der Angebote zu leisten.
4. **Die Kosten für die Ferienbetreuung in den Grundschulen zu übernehmen und die Ferienbetreuung für alle Kinder zu ermöglichen, sodass viele Familien eine Teilnahmemöglichkeit bekommen und keine zusätzliche finanzielle Belastung haben.**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Ausschuss stimmt der Vertagung des Überweisungsantrages einstimmig zu.

**zu 7.8.1 Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Antrag zu VO/2021/10079-01 Austausch Antrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/2021/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände
Vorlage: 2021/10079-01-01**

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit schlägt der Vorsitzende vor diesen TOP zu vertagen.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung des Austauschtrages abstimmen.

Beschluss / Antrag:

Aufstockung des Kulturbudgets für pädagogische und soziale städtische Einrichtungen

Die Stadt möge zusätzliche Mittel aus den Coronahilfsfonds 100.000 € zur Verfügung stellen für städtische Kitas, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Nachbarschaftsbüros mit einem höheren Budget um Projekte und Angebote der Kulturvermittlung und Kulturschaffenden durchzuführen.

Ebenso soll die Stadt gewährleisten, dass sich städtische Sozialeinrichtungen unbürokratisch, direkt, eigenständig und ohne Umwege über die Verwaltung an Angeboten des Lernsommers 2021 beteiligen können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kennntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Ausschuss stimmt der Vertagung des Austauschsantrages zu.

**zu 7.9 DIE LINKE und FW & GAL: AT zu VO/2021/10196 Qualitätskriterien an städtischen Kitas
Vorlage: VO/2021/10196-01**

Aufgrund der inhaltlichen Übereinstimmung wird der Tagesordnungspunkt zusammen mit dem TOP 7.1 beraten.

Die inhaltliche Protokollierung erfolgt unter TOP 7.1.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung des Überweisungsantrages abstimmen.

Beschluss / Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

In die Qualitätskriterien der städtischen Kitas und in die Budgetverträge aller Kindertagesstätten wird die Verpflegung der Kinder und Jugendlichen nach den jeweils geltenden Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Ausschuss stimmt der Vertagung des Überweisungsantrages einstimmig zu.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 8.1 Dringlichkeitsantrag des AM Thomas Rathcke (FDP): Bericht über die Situation in der Grundschule Niederbüssau
Vorlage: VO/2020/09599**

Aufgrund der inhaltlichen Übereinstimmung wird der Tagesordnungspunkt zusammen mit den TOPs 7.2, 7.2.1 und 7.3 beraten.

Die inhaltliche Protokollierung erfolgt unter TOP 7.2.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss / Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, bis Ende Januar 2021 zu berichten, wie sich die Situation in der Grundschule Niederbüssau darstellt.

Insbesondere soll über folgende Punkte berichtet werden:

- Die aktuelle Situation in der Schule unter Covid-19 Bedingungen.
- Situation und Zukunftsperspektiven für die vorhandenen Mensa.
- Entwicklungsperspektiven für die Grundschule.
- Prüfung und Aufzeigen einer Möglichkeit, dass die Hausmeisterwohnung zukünftig der Schulnutzung zugeführt wird.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	mehrheitliche Ablehnung	x
	Ja-Stimmen	1
	Nein-Stimmen	8
	Enthaltungen	5
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

**zu 8.2 Antrag des AM Claudia Petereit (Die Unabhängigen): Corona-Sondersommerferienprogramm - Angebote für Kinder und Jugendliche erweitern
Vorlage: VO/2021/10021**

Antrag wurde von der Antragstellerin zurückgezogen.

**zu 8.3 Antrag des AM Simone Stojan (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) Luftfilter für die Lübecker Schulen und Kitas
Vorlage: VO/2021/10286**

Herr Puhle übernimmt folgenden Änderungsantrag von Antje Jansen und Katja Mentz (GAL) (VO/2021/10308) auch für den Jugendhilfeausschuss:

„Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt:

*Die Verwaltung wird aufgefordert, alle Räume bis zum Oktober 2021 in Schulen, Kitas und Kindertagespflege mit mobilen oder stationären **Luftfilteranlagen** auszustatten, in denen*

- 1. eine Querlüftung über Fenster auf gegenüberliegenden Seiten des Raumes nicht möglich ist,*
- 2. **Lüftungsanlagen**¹ nicht bis Oktober 2021 installiert werden können und/oder*
- 3. ein Öffnen der Fenster die Betreuung oder den Unterricht nachhaltig beeinträchtigen, zum Beispiel weil*

- a. zum Öffnen der Fenster komplette Bankreihen von Schüler*innen alle ca. 15-20 Minuten aufstehen müssen, die betreffenden Kinder für die Zeit der Lüftung eine Fensterscheibe vor dem Gesicht und somit die in Reihe hintereinander sitzenden Kinder zahlreiche Fensterscheiben mit Blick auf die Lehrkraft vorne an der Tafel vor sich haben, wodurch ihre Teilhabe am Unterricht behindert wird,
- b. die Raumtemperatur bei ordnungsgemäßigem Lüften im Herbst/Winter dauerhaft unter 20 Grad Celsius sinkt,
- c. es aufgrund der baulichen Anordnung des Raumes oder bestimmten Windverhältnissen bei Regen dazu kommt, dass es in die Räume bei geöffneten Fenstern rein regnet,
- d. aufgrund des Verzichts auf Luftfilter durch das ausschließliche Lüften über Fenster und ggf. Türöffnung zur Querlüftung eine die Betreuung/den Unterricht grundsätzlich beeinträchtigende Situationen durch Unruhe zu rechnen ist.

Bevor Luftfilter für Bildungsräume als nicht notwendig eingestuft werden, sind die in diesen Räumen arbeitenden Mitarbeitenden zu befragen und soll deren Votum entscheidend sein, da diese die Situation vor Ort aufgrund der Erfahrungen des letzten Pandemieherbstes und -winters, insbesondere mit Blick auf die genannten Punkte 3 a) bis d), am besten beurteilen können.“

Frau Stojan bittet darum den TOP nicht zu vertagen, auch wenn die Zeit bereits so weit fortgeschritten ist.

Frau Frank erklärt, dass die Anträge auf Beschaffung von Luftfiltern bereits an das Gebäudemanagement der HL gegeben wurden. Eine Kategorisierung der Räumlichkeiten hätte stattgefunden und 20 Luftfilter seien bereits bestellt.

Herr Kleyer schlägt vor, die Anträge in die nächste Sitzung zu vertagen und einen entsprechenden Antrag für die Bürgerschaft im August zu stellen.

Herr Babendererde erklärt kurz, dass die Travekom die Klassenräume mit CO2-Messern ausgestattet und nach Maßgabe des Bundesamtes in Kategorien eingeteilt hätte. Danach wären in lediglich zwei Schulräumen und zwei Kita-Räumen Lüftungsanlagen zu empfehlen. Alle anderen begutachteten Räume könnten durch regelmäßiges Öffnen der Fenster ausreichend belüftet werden.

Frau Schulte-Ostermann gibt zu bedenken, dass das Lüften über die Fenster den Unterricht störe und etwas als Ergänzung zum regelmäßigen Lüften gefunden werden müsste.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung des Antrages abstimmen.

Beschluss / Antrag:

Der Jugendhilfeausschuss beantragt zur kommenden Bürgerschaftssitzung:

Die Verwaltung wird aufgefordert die Installation von Luftfiltersystemen in allen Schul- und Kitaräumen der Stadt umzusetzen.

Soweit möglich und notwendig werden feste Luftfilter eingesetzt und ersatzweise mobile Filteranlagen für alle Räume installiert. Die Filtersysteme müssen Aerosolinhalte und Partikel vernichtende Varianten sein.

Die Priorisierung liegt bei der Umsetzung des Projekts auf den Klassenstufen 1-6 und der Installation der Geräte in den Kitas. Dabei an erster Stelle bei Räumen aus den Maßnahmerempfehlungen des Umweltbundesamt erläutert als Räume der Kategorie 2

[Räume mit eingeschränkter Lüftungsmöglichkeit (keine raumlufttechnische Anlage, Fenster nur kippbar bzw. Lüftungsklappen mit minimalem Querschnitt) (**Kategorie 2**). Erhebungen in zwei Bundesländern zufolge liegt der Anteil solcher Klassenräume bei rund 15 bis 25 Prozent.]

Weitere Räume für Klassenstufen nach der sechsten, die ebenfalls unter die Kategorie 2 fallen, müssen im Priorisierungsprozess mitgedacht werden.

Die Umsetzung der Maßnahmen für die in der Priorisierung zusammengefassten Raumgruppen erfolgt bis spätestens zum Ende des Jahres.

Die Finanzierung erfolgt unter Inanspruchnahme von Förderprogrammen zur Pandemiebekämpfung des Bundes und des Landes, entsprechende Förderanträge sind für die einzelnen Schulen und Kitas einzureichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Ausschuss stimmt der Vertagung des Überweisungsantrages einstimmig zu.

zu 8.4	Dringlichkeitsantrag - AM Dagmar Hildebrand: Freizeitangebote für Kinder aus Hochwasserregionen Vorlage: VO/2021/10295
---------------	---

Frau Hildebrand appelliert an alle Teilnehmer:innen der Sitzung, dass wenn es Möglichkeiten gebe Freizeitangebote für Kinder aus Hochwassergebieten durchzuführen, dass diese auch stattfinden sollen.

Den Antrag zieht Frau Hildebrand aber zurück.

Beschluss / Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Ferienfreizeit für Kinder aus Hochwasserregionen, ähnlich wie in der Gemeinde Bosau, zu organisieren. Für die Umsetzung sollten Kooperationen mit ehrenamtlichen Helfern wie z.B. dem Roten Kreuz, Johannitern, Freiwilligen Feuerwehren, Jugendfreizeitstätten, Lübecker Schwimmbädern und anderen, beteiligt werden.

Zur Finanzierung des Projektes sollen neben Mitteln der Hansestadt Lübeck auch Spenden eingeworben werden.

zu 9	Verschiedenes
-------------	----------------------

Es liegt nichts vor.

Lübeck, den 25. August 2021

Jörn Puhle
Vorsitz

Dana Gladasch 4.513 Jugendarbeit
Protokollführung